

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 02.09.2021
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:46 Uhr
Ort, Raum: Stadthalle, WittasträÙe 5, 36251 Bad Hersfeld

Anwesend:

Mitglieder

Herr Karsten Vollmar
Frau Andrea Zietz
Herr Bernd Böhle
Herr Werner Herbert
Herr Andreas Rey
Herr Jan-Ulrich Saal
Herr Bernd Wennemuth
Herr Werner Kubetzko
Herr Noah Seitz

Vertretung für Herrn Schülbe
Vertretung für Herrn Richter

von der Stadtverordnetenversammlung

Herr Lothar Seitz

Mitglieder

Herr Michael Barth

vom Magistrat

Herr Thomas Fehling
Herr Dirk Siebert

von der Verwaltung

Herr Martin Bode

Schriftführer/in

Herr Rudolf Dahinten

von der Verwaltung

Herr Volker Fladerer
Frau Anke Hofmann
Frau Tina Opaterni
Thorsten Schneider
Herr Johannes van Horrick

Entschuldigt:

Mitglieder

Herr Jürgen Richter
Herr Hans-Jürgen Schülbe

Tagesordnung:

- 1. Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**
- 2. Jahresabschluss des Abwasserbetriebes zum 31.12.2020**
0135/20
- 3. Schlussbericht der Rechnungsprüfung über die Prüfung der Vermögensrechnungen zum 31.12.2013 und 31.12.2014**
1736/19
- 4. Unterrichtung über den Stand des Haushaltsvollzugs 2021 gemäß § 28 GemHVO**
0152/20
- 5. Haushaltssperre zur Finanzierung von Haushaltsverschlechterungen 2021**
0137/20
- 6. Veräußerung eines städtischen Grundstücks im Stadtteil Johanesberg**
0138/20/1
- 7. Neufassung der Gebührenordnung für Parkgebühren im Gebiet der Kreisstadt Bad Hersfeld - Parkgebührenordnung**
0154/20
- 8. Statusberichte Investitionsprojekte Stand August 2021**
0163/20
- 9. Änderungsantrag zum Antrag Förderprogramm "Starke Heimat"**
- 9.1. Antrag Förderprogramm "Starke Heimat"**
0169/20/1
- 10. Neuwahl von Ortsgerichtsmitgliedern**
0128/20
- 11. Verschiedenes**

zu 1 Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses, Stadtverordneter Vollmar, eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Er stellt die Beschlussfähigkeit des heute tagenden Haupt- und Finanzausschusses fest. Herr Schülbe wird durch Herrn Kubetzko vertreten sowie Herr Richter durch Herrn Noah Seitz.

Änderungen zur Tagesordnung werden seitens der Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses nicht vorgetragen.

zu 2 Jahresabschluss des Abwasserbetriebes zum 31.12.2020 0135/20

Herr Bode erläutert den Jahresabschluss. Er weist darauf hin, dass die Senkung der Schuldenlast weiter verfolgt werde. So wurden im Jahr 2020 705 TEURO an Verbindlichkeiten verringert.

Die Investitionssumme liegt im langjährigen Mittel und sei durch die eigenen Personalkapazitäten begrenzt. Zudem werde es immer schwer, Planungsbüros und bauausführende Firmen zu finden, die zusätzliche Kapazitäten bereitstellen können.

Der Bürgermeister und der Ausschuss danken den Beschäftigten des Abwasserbetriebes für diese Leistung und das gute Ergebnis.

Beschluss:

Dem Jahresabschluss und dem Jahresergebnis wird gemäß § 7 Abs. 3 Ziffer 5 und § 27 Eigenbetriebsgesetz zugestimmt.

Gemäß § 5 Ziffer 11 und § 27 Eigenbetriebsgesetz wird der Jahresabschluss zum 31.12.2020 gestellt. Der Jahresgewinn 2020 wird in Höhe von 1.622.531,14 EUR der Rücklage zugeführt.

einstimmig beschlossen

zu 3 Schlussbericht der Rechnungsprüfung über die Prüfung der Vermögensrechnungen zum 31.12.2013 und 31.12.2014 1736/19

Herr Prill, Leiter des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises, erläutert die Prüfungsfeststellungen. Er weist insbesondere darauf hin, dass durch die Umstellung auf die Doppik, welche in den zu prüfenden Jahren bei der Kreisstadt noch nicht vorgenommen war, einige falsche Einschätzungen von der Kreisstadt getroffen wurden. Als Beispiel nannte die Bewertung des Projektes Obere Kühnbach mit der Ansiedlung der Firma amazon. Diese Fehler wurden in den folgenden Jahren von der Stadt korrigiert und sind damit als erledigt anzusehen. Man rechne damit, die Prüfungsergebnisse für die Jahre 2015 und 2016 noch in diesem Jahr fertigzustellen, man kön-

ne dann sehen, ob es noch Punkte gäbe, die aus den Prüfungen der Jahre 2013 und 2014 Handlungsbedarf zeigen. Er lobt ausdrücklich die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Kämmererei, die sein Team aktiv unterstützt hat.

Da die Jahresergebnisse insgesamt für die Jahre 2013 und 2014 noch vom städtischen Rechnungsprüfungsamt in kameralistischer Weise geprüft und von der Stadtverordnetenversammlung die Entlastung ausgesprochen wurde, sind die Prüfungsergebnisse zur Vermögensrechnung nach doppischen Grundsätzen nur der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis zu geben.

Beschluss:

Der Schlussbericht der Rechnungsprüfung des Landkreises Hersfeld-Rotenburg über die Prüfung der Vermögensrechnungen zum 31.12.2013 und 31.12.2014 der Kreisstadt Bad Hersfeld wird zur Kenntnis genommen.

zur Kenntnis genommen

zu 4 Unterrichtung über den Stand des Haushaltsvollzugs 2021 gemäß § 28 GemHVO 0152/20

Frau Hofmann erläutert die Vorlage. Auf die Frage von Herrn Vollmar teilt sie mit, dass es derzeit noch keine Hinweise der Landesregierung gibt, wie mit den Haushaltsdefiziten aus 2021 bei der Haushaltsaufstellung des Haushalts 2022 umzugehen ist. Es ist daher schwierig abzuschätzen, wie ein gesetzeskonformer Haushalt für das Jahr 2022 darzustellen ist. Herr Böhle plädiert dazu, zunächst die Steuerschätzung und die Orientierungsdaten im Herbst abzuwarten und beim Städte- und Gemeindebund nachzufragen, welche Maßnahmen in Wiesbaden geplant sind.

Beschluss:

Die Haushaltsentwicklung und der Risikobericht zum 12.08.2021 werden zur Kenntnis genommen.

zur Kenntnis genommen

zu 5 Haushaltssperre zur Finanzierung von Haushaltsverschlechterungen 2021 0137/20

Frau Hofmann erläutert den Beschluss des Magistrates, der hier dem Ausschuss zur Kenntnis gegeben wird. Der Magistrat wolle ein Zeichen setzen, dass auch die Verwaltung die verschlechterte Lage erkannt hat und jetzt einen Beitrag zur Begrenzung des Haushaltsdefizites leisten wird. Aufgrund der bereits verausgabten Mittel kann nur ein Teil des zu erwartenden Haushaltsdefizites durch diese Maßnahme aufgefangen werden.

Der Ausschuss legt Wert darauf, dass begonnen investive Maßnahmen nicht durch eine Haushaltssperre verzögert werden, und erkennt das Bemühen der Verwaltung an, einen Beitrag zu leisten, das Haushaltsdefizit für dieses Jahr zu begrenzen. Herr Böhle und Frau Zietz regen an, bei der Neubesetzung der Stelle der kaufmännischen Leitung der Festspiele ein besonderes Augenmerk auf die Verbesserung des Controllings bei den Festspielen zu legen.

Beschluss:

Die Produktsachkonten des Haushalts 2021 gemäß beiliegender Liste werden mit einer haushaltswirtschaftlichen Sperre in der dort genannten Höhe versehen.

zur Kenntnis genommen

zu 6 Veräußerung eines städtischen Grundstücks im Stadtteil Johannesberg 0138/20/1

Frau Hofmann erläutert die Vorlage. Herr Vollmar regt an, zukünftig den Beschlussvorschlag ausführlicher zu formulieren und nicht auf die Ausführungen im Sachverhalt zu verweisen. Damit können, wie in der Vergangenheit bereits geschehen, Missverständnisse zwischen dem Willen der Stadtverordneten und der ausführenden Verwaltung ausgeschlossen werden.

Beschluss:

Die Ausschreibung des Projekts, wie im Sachverhalt dargelegt, wird beschlossen.

einstimmig beschlossen

zu 7 Neufassung der Gebührenordnung für Parkgebühren im Gebiet der Kreisstadt Bad Hersfeld - Parkgebührenordnung 0154/20

Herr Vollmar kritisiert die Gebührenerhöhungen für die Wittastraße und die Knottengasse, zudem sieht er keinen dringenden Bedarf, einen Parkscheinautomaten am P+R Parkplatz am Bahnhof zu beschaffen. Das könne über die Mittelanmeldungen zum Haushalt 2022 erfolgen.

Frau Zietz kritisiert die Verlängerung der gebührenpflichtigen Zeit der Parkzone 1 an Samstagen bis 21.00 Uhr. Zudem fragt sie nach, ob durch die Einführung der Umsatzsteuerpflicht diese Mehrkosten als Erhöhung der Parkgebühren an die Nutzer weitergegeben werden sollen, sie finde in der Vorlage keine entsprechende Erläuterung.

Herr Böhle spricht sich ebenso gegen eine Verlängerung der gebührenpflichtigen Parkzeit an Samstagen in der Parkzone 1 aus, er fordert zudem die Abschaffung der Abendpauschale, da dies einen unangemessenen Personalaufwand zur Überprüfung in den Abendstunden darstelle.

Herr Vollmar schlägt vor, die bisherige Regelung zu verlängern, bis eine Einigung über die Inhalte der Parkgebührenordnung gefunden ist.

Bürgermeister Fehling schlägt vor, durch die Verwaltung eine neue Sitzungsvorlage erstellen zu lassen, in welcher die Verlängerung der Geltungsdauer der derzeit gültigen Fassung vorgeschlagen wird. Man müsse allerdings die Vorschläge der Fraktionen in geeigneter Weise einsammeln, um eine mehrheitsfähige Form der neuen Satzung zu finden. Hier wird vereinbart, zunächst im Ältestenrat ein Stimmungsbild zu erstellen.

Der Ausschuss einigt sich darauf, die bisherige Parkgebührenordnung bis zum nächsten Umstellungstermin zu Beginn der Festspiele zu verlängern. Die Sitzungsvorlage, in der vorgelegten Fassung, ist abzulehnen.

Beschluss:

Die Gebührenordnung für Parkgebühren im Gebiet der Kreisstadt Bad Hersfeld - Parkgebührenordnung - wird gemäß dem dieser Drucksache beigefügten Textvorschlag beschlossen.

einstimmig abgelehnt

zu 8 Statusberichte Investitionsprojekte Stand August 2021 0163/20

Herr Vollmar fragt nach, wie das weitere Vorgehen mit dem zusätzlichen Mittelbedarf beim Stadtarchiv ist. Bürgermeister Fehling teilt mit, dass hier noch keine Möglichkeit gefunden wurde, diese Mittel in die Finanzplanung der nächsten Jahre einzubauen.

Herr Bode teilt mit, dass für die Fahrradabstellanlagen eine Programmzusage eingegangen ist. Man könne nunmehr mit einer Förderquote von 80 Prozent bei förderfähigen Kosten von 277.000 Euro rechnen. Die entsprechenden Mittel sind bereits in den Haushalt eingestellt, allerdings mit einer Förderquote von 70 Prozent.

Beschluss:

Von den Statusberichten zu Investitionsprojekten Stand: August 2021 wird Kenntnis genommen.

zur Kenntnis genommen

zu 9 Änderungsantrag zum Antrag Förderprogramm "Starke Heimat"

Herr Böhle beantragt, das vom Magistrat herausgenommene Programm „smART Lighting“ wieder in die Beschlussvorlage aufzunehmen. Er begründet dies mit den geringen Eigenmitteln und den sicherlich touristisch interessanten Effekten zur Steigerung der Attraktivität der Innenstadt.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Hauptantrag zum Thema „RapidBOS“ und zum Thema „SmART-Lighting“ für das Förderprogramm Starke Heimat zu stellen.

Vor Antragstellung ist von Hessen-Mobil eine Absichtserklärung zur Umsetzung des Projektes einzuholen.

Die Haushaltsmittel auf den Konten „Geschwindigkeitsmessaanlage“ und „Smart City“ werden im Falle der Antragsgenehmigung durch das Ministerium abgesetzt und für das neue Vorhaben bereitgestellt. Sollte der Förderantrag nicht genehmigt werden, bleiben die Positionen so bestehen.

mehrheitlich abgelehnt

Für den Antrag stimmten die FDP-Fraktion, die FWG-Fraktion und die UBH-Fraktion, gegen den Antrag stimmten die SPD-Fraktion, die CDU-Fraktion und die Grünen-Fraktion.

zu 9.1 Antrag Förderprogramm "Starke Heimat" 0169/20/1

Bürgermeister Fehling erläutert den Magistratsbeschluss. Er beantwortet die Fragen zum Projekt „RapidBOS“. Insbesondere soll, gemeinsam mit Hessen Mobil, die Beeinflussung der Grünphasen der Lichtsignalanlagen dazu genutzt werden, den Rettungskräften eine schnellere Zufahrt zur Feuerwache und zu den Einsatzstellen zu ermöglichen. Dazu müsse eine Datenübermittlung auf den wichtigsten innerstädtischen Straßen erfolgen und über eine Datenbank errechnet werden, wie durch die Verlängerung einzelner Grünphasen ein schnellerer Verkehrsfluss entstehe, um die Rettungskräfte in diesem Verkehrsstrom schneller vorankommen zu lassen. Eventuell sei sogar ein Verkehrsleitstand notwendig, um die komplexen Verkehrsströme zu analysieren und zu steuern. Er verweist auf die gesetzliche Verpflichtung, die sogenannte 10 Minuten-Regel, die festlegt, in welcher Zeit die Einsatzkräfte der Feuerwehr und der Rettungsdienste von der Alarmierung bis zum Eintreffen am Einsatzort brauchen dürfen. Durch die jetzt bekannten Straßenbaumaßnahmen wird befürchtet, dass sich die Verkehrssituation in Bad Hersfeld temporär verschlechtern werde.

Dieses Vorhaben ist nur gemeinsam mit Hessen Mobil umzusetzen, da die Lichtsignalanlagen von dort betrieben werden und man zunächst abklären müsse, ob man sich vorstellen kann, dass die Kreisstadt in deren Schaltungen eingreifen darf.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Hauptantrag zum Thema „RapidBOS“ für das Förderprogramm Starke Heimat zu stellen.

Vor Antragstellung ist von Hessen-Mobil eine Absichtserklärung zur Umsetzung des Projektes einzuholen.

Die Haushaltsmittel auf den Konten „Geschwindigkeitsmessaanlage“ und „Smart City“ werden im Falle der Antragsgenehmigung durch das Ministerium abgesetzt und für das neue Vorhaben bereitgestellt. Sollte der Förderantrag nicht genehmigt werden, bleiben die Positionen so bestehen.

einstimmig beschlossen

Die Beschlussvorlage wird einstimmig beschlossen, bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion, der FWG-Fraktion und der UBH-Fraktion.

**zu 10 Neuwahl von Ortsgerichtsmitgliedern
0128/20**

Beschluss:

Es wird beschlossen, die im Sachverhalt genannten Personen der Direktorin des Amtsgerichts als Ortsgerichtsvorsteher sowie als Ortsgerichtsschöffin u. stellv. Ortsgerichtsvorsteherin und als Ortsgerichtsschöffe für eine weitere Amtszeit, welche bis zum 31.12.2025 befristet wird, vorzuschlagen.

einstimmig beschlossen

zu 11 Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

gez. Karsten Vollmar
Vorsitzender

gez. Rudolf Dahinten
Protokollführer